




Klima und Politik



Das Thema Klimaschutz ist facettenreich. Im Folgenden widmen wir uns dem Aspekt Klimagerechtigkeit und Klimaziele

 25 min

 Einzelarbeit und kurzer Austausch

 Stift

Erklärung:

Auf den nächsten Seiten befinden sich Auszüge aus den Wahlprogrammen der aktuell stärksten Parteien in Deutschland (Stand 16.09.2021). Diese Auszüge beziehen sich ausschließlich auf die Bereiche Klimagerechtigkeit und Klimaziele. Diese sind an den Fragen aus dem Klimawahlcheck orientiert:

1. Soll Deutschland Klimaneutralität vor 2045 anstreben?
2. Sollen die Emissionen schon bis 2030 entscheidend reduziert werden?
3. Sollen Bürger*innen eine Pro-Kopf-Rückerstattung aus der CO₂-Bepreisung erhalten?
4. Soll Deutschland mehr zur internationalen Klimafinanzierung beitragen?

Aufgabe:

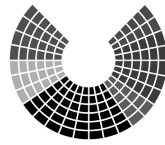
Notiere dir, was die einzelnen Parteien zu den oben stehenden vier Fragen sagen. Stelle diese Aussagen gegenüber. Welches Wahlprogramm kann deiner Meinung nach am meisten zur Klimagerechtigkeit beitragen?

Vergleiche deine Ergebnisse mit denen der anderen Schüler:innen.

Notizen:



Klima und Politik



Dies sind Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 die dabei helfen sollen, Aufgabe zu bearbeiten.



1.10 Internationaler Klimaschutz zur Bewahrung der Schöpfung

- Wir wollen im Rahmen der internationalen Klimafinanzierung die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel und beim Umweltschutz durch den Transfer von technischem Wissen unterstützen. Daher streben wir im Rahmen unserer europäischen Clean-Tech-Initiative eine enge Klimapartnerschaft mit Ländern in Asien, in der arabischen Welt und in Lateinamerika an.

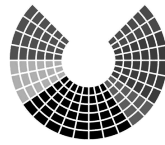
3.3 Deutschland als klimaneutrales Industrieland bis 2045

- Wir setzen verbindlich die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 um. So schaffen wir unseren deutschen Beitrag, um international den 1,5 Grad-Pfad zu beschreiten. Dabei setzen wir auf neue Technologien und Innovationen. Zusätzlich streben wir zum Erreichen der Pariser Klimaziele internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen.
- Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen Pfad im Jahr 2040 88 Prozent Minderung und im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Deutschland wird hier als Industrieland eine große Verantwortung übernehmen, damit bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität erreicht wird.
- Wir wollen den Aufwuchspfad der CO₂-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen.
- Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.
- Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden. Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimaeffizienzreform wollen wir auf das Klimapaket aufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf CO₂-Ausstoß ausrichten.

Anmerkung: Dies sind ausgewählte Auszüge aus dem aktuellen Wahlprogramm der CDU (Stand 16.09.2021). Sie orientieren sich an den oben genannten vier Fragestellungen und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das vollständige Wahlprogramm inklusive aller Klimaschutzmaßnahmen kann unter folgender Adresse aufgerufen werden: <https://online.fliphtml5.com/kxyi/eyjg/#p=9>



Klima und Politik



Dies sind Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 die dabei helfen sollen, Aufgabe zu bearbeiten.



2.1 Zukunftsmission I Klimaneutrales Deutschland

Unsere Politik richtet sich nach dem Klimaabkommen von Paris: Wir müssen die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral zu sein. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir dafür gesorgt, dass das Klimaabkommen konkret wird: Es bietet einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele. Dementsprechend werden wir im Einklang mit den europäischen Klimazielen unser Minderungsziel für 2030 deutlich (auf 65 %) anheben; auch für 2040 werden wir ein Minderungsziel festschreiben (88 %).

Auch werden wir – nicht nur im Rahmen unserer Klimapolitik – die Grundlagen dafür schaffen, dass alle bei der Bewältigung des Klimawandels mit anpacken können, alle von den Chancen profitieren und nicht diejenigen das Nachsehen haben, die den geringsten Einfluss auf ihre CO₂-Bilanz haben.

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. In Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozial gerechten Finanzierung der Energiewende, weil dadurch die Stromrechnung deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Mit dem Ansteigen des CO₂-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen Pro-Kopf-Bonus werden wir prüfen.

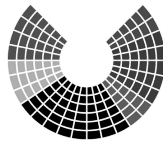
4.5 Frieden sichern

Wir müssen die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Dafür werden wir unsere eigenen Klimaschutzverpflichtungen gemäß des Pariser Klimaabkommens einlösen und weiter steigern. Darüber hinaus werden wir die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

Anmerkung: Dies sind ausgewählte Auszüge aus dem aktuellen Wahlprogramm der SPD (Stand 16.09.2021). Sie orientieren sich an den oben genannten vier Fragestellungen und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das vollständige Wahlprogramm inklusive aller Klimaschutzmaßnahmen kann unter folgender Adresse aufgerufen werden: https://www.spd.de/programm/?utm_source=spdde&utm_medium=news&utm_campaign=zukunftsprogramm&utm_term&utm_content&pk_vid=fdeaf5ed447cfe7b163177804345e9a8&pk_vid=fdeaf5ed447cfe7b163177804345e9a8



Klima und Politik



Dies sind Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 die dabei helfen sollen, Aufgabe zu bearbeiten.



Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft („Die Große Transformation“ / „The Great Reset“) und bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau ab.

Den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung und Dekarbonisierungsmaßnahmen lehnt die AfD ab. Jegliche Form der CO₂-Besteuerung ist abzuschaffen.

Anmerkung: Dies sind ausgewählte Auszüge aus dem aktuellen Wahlprogramm der AfD (Stand 16.09.2021). Sie orientieren sich an den oben genannten vier Fragestellungen und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das vollständige Wahlprogramm inklusive aller Klimaschutzmaßnahmen kann unter folgender Adresse aufgerufen werden: <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-afd>



III. Nie waren die Chancen größer: Bewältigen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit

Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO₂ spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO₂ speichert, muss dafür Geld erhalten.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet.

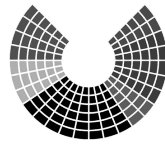
Sollte Klimaneutralität in der EU in dem Zuge bereits frühzeitiger angestrebt werden, kann der Emissionshandel die Zielerreichung durch Anpassung des Senkungspfads weiterhin garantieren.

Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages, also einer Klimadividende, an jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleisten.

Anmerkung: Dies sind ausgewählte Auszüge aus dem aktuellen Wahlprogramm der FDP (Stand 16.09.2021). Sie orientieren sich an den oben genannten vier Fragestellungen und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das vollständige Wahlprogramm inklusive aller Klimaschutzmaßnahmen kann unter folgender Adresse aufgerufen werden: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm_1.pdf



Klima und Politik



Dies sind Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 die dabei helfen sollen, Aufgabe zu bearbeiten.

DIE LINKE.

Klimagerechtigkeit und Energiewende

Je höher die Einkommen sind, desto höher sind die verursachte Umweltbelastung und der CO₂-Ausstoß pro Haushalt. Den Preis dagegen zahlen die Armen, die sich nicht gegen Klimaschäden versichern oder bei steigenden Lebensmittelpreisen sich das Essen nicht mehr leisten können. Wir wollen eine sozialökologische Wende, von der alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität profitieren. Dafür wollen wir die großen Konzerne entmachten und die Produktion an sozialen und ökologischen Zielen ausrichten.

Wir stehen an der Seite der Klimabewegung und unterstützen Forderungen nach einer sozial gerechten Klimawende hin zu Klimaneutralität bis 2035. Klimaneutralität heißt für uns auch internationale Klimagerechtigkeit. Deutschland darf sein CO₂-Budget nicht überziehen oder sich in anderen Ländern freikaufen.

Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis 2035 klimaneutral ist. Bis 2030 müssen die Emissionen um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt sein.

Soziale Gerechtigkeit Weltweit

Auch Deutschland muss nachlegen und – als einer der Hauptverursacher für den Klimawandel – mehr Mittel für den Globalen Süden bereitstellen, damit dieser seine Entwicklung klimaneutral und gerecht gestalten kann.

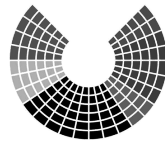
Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen Fonds sollten ehemalige Kolonialmächte mehr einzahlen als andere Staaten. Die entsprechenden Klimafinanztransfers wollen wir jährlich erhöhen.

Klimageflüchteten darf das Recht auf Asyl nicht weiter verweigert werden. Um der historischen Verantwortung westlicher Staaten als Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase gerecht zu werden, wollen wir zudem, dass die EU-Bewohner*innen von bedrohten Staaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbietet. Sie sollen zusätzlich und nicht alternativ zu bestehenden Initiativen und Forderungen etabliert werden.

Anmerkung: Dies sind ausgewählte Auszüge aus dem aktuellen Wahlprogramm von die Linke (Stand 16.09.2021). Sie orientieren sich an den oben genannten vier Fragestellungen und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das vollständige Wahlprogramm inklusive aller Klimaschutzmaßnahmen kann unter folgender Adresse aufgerufen werden: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>



Klima und Politik



Dies sind Ausschnitte aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 die dabei helfen sollen, Aufgabe zu bearbeiten.



Wir schaffen Klimagerechten Wohlstand

Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz generationen- und budgetgerecht nachschärfen, jahres- und sektorenscharf ausbuchstabieren, die Rolle des Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus 70 Prozent anheben. Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen. So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.

Unser Ziel ist eine Wirtschaft, in der die nachhaltigsten Produkte auch die günstigsten sind. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von umweltschädlichen Subventionen ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, würde das unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO₂-Bepreisung also ein Instrument von vielen – und werden es wirksam und sozial gerecht einsetzen.

Wir wollen die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück.

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen.

Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran

Deutschlands Beitrag dazu ist, die ODA-Quote, also den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, von 0,7 Prozent bis 2025 zu erreichen und weitere 10 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitzustellen.

Anmerkung: Dies sind ausgewählte Auszüge aus dem aktuellen Wahlprogramm von die Grünen (Stand 16.09.2021). Sie orientieren sich an den oben genannten vier Fragestellungen und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das vollständige Wahlprogramm inklusive aller Klimaschutzmaßnahmen kann unter folgender Adresse aufgerufen werden:

<https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>



Klima und Politik



Zur Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und der 1,5°C-Grenze fordert FridaysForFuture:

- 20 min
- Einzelarbeit
- Stift

Aufgabe:

Suche Dir eine Partei aus und notiere deren Positionierung zu den Forderungen.

ODER

Suche Dir eine Forderung aus und notiere die unterschiedlichen Positionierungen der Parteien dazu .

1. Nettonull 2035 erreichen
2. Kohleausstieg bis 2030
3. 100% Erneuerbare Energieversorgung bis 2035
4. Ende der Subventionen für fossile Energieträger
5. Sofortige CO2-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen (180€ pro Tonne CO2)
6. Sofortiges Abschalten von 1/4 der Kohlekraftwerke

GLOSSAR:

CO2-Steuer:

Je nachdem, welche Menge Treibhausgase ausgestoßen wird, muss der Verursacher dafür Geld zahlen. So wird bewirkt, dass der Treibhausgasausstoß verringert wird. Bei der Einführung der Steuer wird ein Startpreis festgesetzt, der dann ansteigt.

Energieversorgung:

Die Versorgung mit Energie einschließlich Energieträgern. Eine 100% erneuerbare Energieversorgung bedeutet also, dass auch der Energiebedarf in anderen Sektoren als der Stromerzeugung, wie z.B. im Verkehr oder der Wärmebereitstellung durch erneuerbare Energien gedeckt wird.

Fossile Energieträger:

Kohle, Öl und Gas

Nettonull:

Es wird nur die Menge Treibhausgase ausgestoßen, die durch natürliche Prozesse (z. B. Wachstum von Pflanzen) wieder aufgenommen wird.

Subventionen:

Geldzuschüsse vom Staat an Unternehmen, Betriebe oder Einzelpersonen, um das Wirtschaftsgeschehen zu beeinflussen. Neben Finanzhilfen und Steuervergünstigungen meinen wir hier explizit auch indirekte Subventionen.

Subventionen für fossile Energieträger:

Subventionen für die Förderung, Verarbeitung und Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Die deutsche Regierung subventioniert laut UBA Kohle, Öl und Gas mit ca. 45 Milliarden Euro pro Jahr.

Notizen:

Quellen: <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>
<https://fridaysforfuture.de/forderungen/glossar/>



Klima und Politik

10 min
Einzelarbeit
Stift

Input

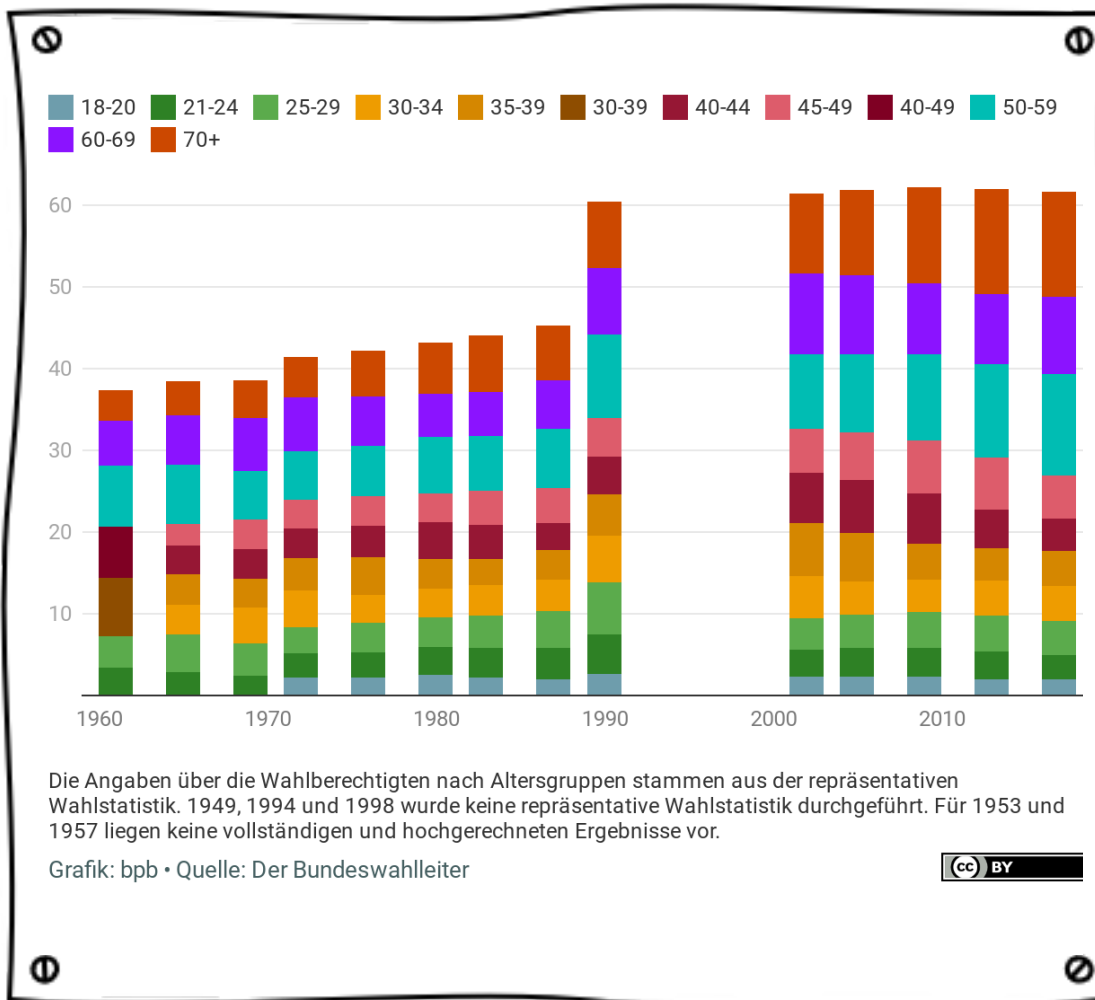
Das unten abgebildete Diagramm verdeutlicht, dass die Generationen, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sein werden, den geringsten Anteil an Wähler:innen ausmachen.

Aufgabe

Überlege dir, wie du zur Wahl beitragen kannst. Wie kannst du die älteren Generationen erreichen? Warum ist es für dich wichtig, dass diese sich mit der Klimakrise auseinandersetzen? Tausche dich mit anderen Schüler:innen über deine Handlungsmöglichkeiten aus.

Wahlberechtigte nach Altersgruppen

in Millionen Wahlberechtigten, Bundestagswahlen 1961-1990 und 2002-2017



Quelle: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/280397/wahlberechtigte>

